



# *Evangelische Verantwortung*

Das Magazin des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU | Ausgabe 9+10/2024



**Was ist Leitkultur?**  
Dr. Michael Franz > 9

**Aus unserer Arbeit > 13**

*Was dürfen wir unter  
„Leitkultur“ verstehen?*

Prof. Dr. Günter Krings > 3



## Liebe Leserin, lieber Leser,

wir erleben derzeit eine **massive Veränderung der deutschen Parteienlandschaft**. Die Gefährdungen, die bereits seit mehreren Jahren von den politischen Rändern ausgehen, haben nun in **Thüringen, Sachsen und Brandenburg** zu Situationen geführt, die die Regierungsbildung für Parteien der demokratischen Mitte zunehmend erschweren. In Thüringen ist **die rechtsradikale AfD zum ersten Mal die stärkste Kraft** geworden. Das neue **linkspopulistische Bündnis von Sahra Wagenknecht (BSW)** kam – von Null auf Hundert – in alle Parlamente, in Thüringen mit stolzen 15,8 Prozent.

Die **Ampelparteien SPD, Grüne und FDP** sind (mit Ausnahme der speziellen Situation in Brandenburg mit dem bekannten SPD-Ministerpräsidenten Woidke) **durchgehend die Verlierer der letzten Europa- und Landtagswahlen**. Die Regierungsparteien haben nicht nur schmerzhaft, sondern regelrecht dramatische Verluste erlitten. Der Ampelregierung im Bund, mit ihrer durchweg **katastrophalen Politikbilanz und ihren dementsprechend desaströsen Umfragewerten**, ist damit eigentlich jetzt schon der endgültige Kündigungsbescheid ausgestellt worden. Bei den Europawahlen erhielt die SPD das schlechteste Ergebnis ihrer gesamten Geschichte (bei einer immerhin nationalen Wahl), in Brandenburg gewann sie nicht wegen, sondern gegen den SPD-Bundestrend und konnte von vielen Wechselwählern der Mitte profitieren. In den ostdeutschen Ländern liegen die Grünen zwischen 3 und 5 Prozent (in Thüringen und Brandenburg verpassten sie den Einzug in die Landesparlamente!), während die FDP dort quasi nur noch in Spurenelementen vorhanden ist. Ein ganzes Jahr vor den nächsten Wahlen zum Deutschen Bundestag betragen die Zustimmungswerte der Ampelregierung nur noch drei Prozent!

Das enorme **Erstarken der radikalpopulistischen Strömungen** ist auch als eine unmittelbare Folge der völlig desolaten Politik der Bundesregierung der Ampelparteien in Berlin zu bewerten. Der Befund ist eindeutig: SPD, Grüne und FDP im Bund verstärken die Polarisierungen in unserer Gesellschaft und stärken damit unmittelbar die AfD und die extremen Ränder. Die Ampel versagt in nahezu allen für die Zukunft Deutschlands entscheidenden Politikfeldern. Und anstatt die vielen zentralen Probleme Deutschlands in diesen Krisenzeiten anzupacken und gemeinsam lösungs- und zielgerichtet anzugehen, flüchtet die Ampel sich lieber in ideologisch motivierte oder rein symbolpolitische Vorhaben, wie z.B. das sogenannte „Selbstbestimmungsgesetz“, die **Infragestellung des jahrzehntelang bewährten Kompromisses zum Schwangerschaftskonflikt (§ 218)** oder das **Gesetz zur sogenannten „Gehsteigbelästigung“**.

Deutschland erlebt einen **massiven Prozess der De-Industrialisierung**, immer mehr Unternehmen flüchten vor den **hohen Bürokratielasten**, den zu teuren **Energiekosten** und

der insgesamt **erdrückenden Abgabenlast** ins Ausland. Immer mehr Fachkräfte fehlen, immer mehr Jobs können auf der einen Seite nicht besetzt werden, während die **Arbeitslosigkeit** auf der anderen dennoch wieder spürbar wächst. Die **Infrastruktur erodiert, der Wohnungsbau lahmt, Steuern, Sozialversicherungsbeiträge und Lebenshaltungskosten steigen** ebenfalls weiter. Der Sozialetat ist – durch das neue „Bürgergeld“ und durch die massive Zuwanderung der letzten Jahre in die Sozialsysteme – mittlerweile ins Unermessliche aufgebläht, die Kosten für die Sozialversicherungssysteme einer zunehmend alternden Gesellschaft explodieren. Die **Staatsverschuldung** erreicht – durch eine unsolide und höchstwahrscheinlich auch wieder verfassungswidrige Haushaltspolitik – neue Rekordhöhen, wodurch der zukünftigen Generation immer mehr Hypotheken aufgebürdet werden. **Krieg in Europa** und **Inflation** beschleunigen und eskalieren das Ganze. Hinzu kommt schließlich, dass sich in der Bevölkerung das Gefühl zu verfestigen beginnt, dass der Staat keine wirkliche innere Sicherheit mehr gewährleistet und dass die jetzige Ampelregierung, insbesondere SPD und Grünen, **illegale Migration, Kriminalität und islamistischen Terrorismus** immer noch ignorieren oder verharmlosen. Kurzum: **Die Bundesregierung aus SPD, Grünen und FDP betreibt eine Politik, die den Wohlstand, das „Know-How“, die innere Ordnung, die Sicherheits- und Verteidigungsinteressen sowie die zentralen Zukunftsaussichten unseres Landes verspielt!**

Nach **aktuellen Umfragen** wünscht sich eine Mehrheit der Deutschen eine neue Bundesregierung unter Führung der Union. Deshalb ist es gut, dass wir nun einvernehmlich die **Frage der Kanzlerkandidatur zwischen CDU und CSU geklärt** haben. Mit **Friedrich Merz** und einer wieder starken und geeinten Union wird es gelingen, Deutschland wieder sattelfest zu machen und auf Kurs zu bringen.

Die jüngsten Wahlanalysen zeigen übrigens erneut, dass die **Union mehrheitlich von der kirchlichen Wählerschaft gestärkt** wird und Unterstützung erfährt. **Das C setzt ein klares Signal gegen rechte und andere ideologischen Umtriebe!** CDU und CSU sind als die großen **Volksparteien der Mitte das letzte Bollwerk** gegen das weitere Anwachsen der radikalpopulistischen Ränder. **Es ist meine feste Überzeugung, dass wir die Probleme Deutschlands nur aus der breiten Mitte der Gesellschaft heraus lösen können – mit Maß und Mitte, Verantwortung und gesundem Menschenverstand und vor allem mit dem klaren Kompass unserer christlichen Wertebindung!**

Thomas Rachel MdB

Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU



# Was dürfen wir unter „Leitkultur“ verstehen?

Prof. Dr. Günter Krings MdB

## I. Einleitung

Eine der im Vorfeld am meisten debattierten Passagen aus dem neuen Grundsatzprogramm der CDU war die zur „Leitkultur“. Der CDU-Bundesparteitag hat sie im Mai mit breiter Mehrheit verabschiedet. U.a. fordert das neue Grundsatzprogramm „Mut zur Leitkultur!“ und fordert von allen, „die hier leben wollen“, dass sie „unsere Leitkultur ohne Wenn und Aber anerkennen“. Und der Text fordert unmissverständlich, dass nur „wer sich zu unserer Leitkultur und damit auch zu unseren Werten bekennt“ die Voraussetzung zur Integration besitze „und deutscher Staatsbürger werden“ könne.

Wenn dieser Begriff nach dem Willen der CDU eine so hohe, ja gerade existentielle Bedeutung für das dauerhafte Zusammenleben in unserem Land haben soll, müssen wir verstehen, was mit ihm gemeint ist. Es ist also unerlässlich, den Begriff inhaltlich zu füllen. Und das Programm nennt wichtige

Eckpunkte dieser Leitkultur, wenn es betont, dass dazu „die Achtung der Würde jedes einzelnen Menschen und die daraus folgenden Grund- und Menschenrechte, unser Rechtsstaat, demokratische Grundprinzipien, Respekt und Toleranz, das Bewusstsein von Heimat und Zugehörigkeit, Kenntnis der deutschen Sprache und Geschichte sowie die Anerkennung des Existenzrechts Israels“ gehören. An anderer Stelle wird diese Liste noch ergänzt um weitere Prinzipien: die „Meinungs- und Religionsfreiheit, die Trennung von Staat und Kirche, die Gleichberechtigung von Mann und Frau, Respekt und Toleranz sowie der Schutz von Minderheiten“. Schließlich nimmt das Programm Bezug auf „Traditionen und Bräuche“ sowie auf „ehrenamtliches Engagement und Vereinsleben“.

Diese Aufzählungen enthalten eine ganze Reihe von Werten und Regeln, die sicherlich weit über die Mitgliedschaft oder Anhängerschaft der CDU hinaus als wichtig und fundamental für das Zusammenleben in unserer Gesellschaft angesehen werden.

**Mut zur Leitkultur!** Wir wollen eine Gesellschaft, die zusammenhält. Alle, die hier leben wollen, müssen unsere Leitkultur ohne Wenn und Aber anerkennen. Zu unserer Leitkultur gehören die Achtung der Würde jedes einzelnen Menschen und die daraus folgenden Grund- und Menschenrechte, unser Rechtsstaat, demokratische Grundprinzipien, Respekt und Toleranz, das Bewusstsein von Heimat und Zugehörigkeit, Kenntnis der deutschen Sprache und Geschichte sowie die Anerkennung des Existenzrechts Israels. Nur wer sich zu unserer Leitkultur und damit auch zu unseren Werten bekennt, kann sich integrieren und deutscher Staatsbürger werden.

**Zusammenhalt stärken!** Wir wollen die Bindekräfte in der Gesellschaft fördern und unterschiedliche Milieus zusammenführen. Dazu setzen wir auf ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr und die Stärkung des Ehrenamtes.

**vermitteln Werte!** Wir stehen zum Leitbild von Ehe und Familie und wollen dabei unterstützen, Werte zu vermitteln.

Aber das Grundsatzprogramm formuliert eben, dass diese Punkte zur Leitkultur „gehören“. Es erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, will also keine umfassende und abschließende Definition von Leitkultur bieten. Mit einem Missverständnis, dem sowohl manche Kritiker wie Verteidiger aufsitzen, räumt das Programm gleich selber auf: „Unsere Leitkultur umfasst mehr als das Grundgesetz.“ Sie bildet sich in weiten Teilen zwar in unserem Grundgesetz ab, sie geht in ihm aber eben nicht auf. Warum aber braucht es nach dem Wortlaut des Grundsatzprogramms „Mut“ zu Leitkultur. Sind ihre beschriebenen Elemente nicht selbstverständlich und in weiten Teilen unserer Bevölkerung ohne weiteres konsensfähig? Die jahrelange Aufregung um diesen Begriff legt aber eher das Gegenteil nahe. Anstoß genommen wird an der normativen Ausrichtung des Konzepts, soweit es über die Gebote unserer Verfassung hinausgeht. In der pluralen Gesellschaft des 21. Jahrhunderts halten manche jedes einigende Band, das auch nur eine „leitende“ oder „anleitende“ Funktion hat, für anmaßend. Tatsächlich ist aber gerade eine offene und plurale Gesellschaft mit größerer Zuwanderung auf ein solches Band angewiesen. Wenn der Leitkultur-Begriff daher jetzt nachvollziehbarerweise eine so prominente Stellung im neuen Grundsatzprogramm der CDU einnimmt, scheint eine Ein- und Zuordnung dieses Begriffes angezeit.

## II. Alternativen zur Leitkultur?

Die Sinnhaftigkeit des Leitkultur-Konzepts wird in besonderer Weise deutlich, wenn wir uns vergegenwärtigen, was der Verzicht auf dieses Konzept bedeuten würde. Das Gegenkonzept wäre qua definitionem ein unverbundenes Nebeneinander verschiedenster Kulturen – der in Europa bzw. in seinen verschiedenen Regionen gewachsenen Kulturen einerseits, und der diversen Kulturen der unterschiedlichen Zuwanderergruppen andererseits. Dieses Konzept wird z.T. verklärt als eine bunte Multi-Kulti-Gesellschaft. Und in der Tat kann die Buntheit einer pluralen Zuwanderungsgesellschaft auch eine Bereicherung darstellen. Aber wohl am ehesten dann, wenn sie sich im Rahmen einer Mindestkohärenz bewegt. Ohne diesen Rahmen bilden sich früher oder später Parallelgesellschaften. Aus einem **Nebeneinander** von Kulturen in einem bestimmten Land wird

schnell ein **Gegeneinander**. Es ist im Sinne des gesellschaftlichen Zusammenhalts deshalb nichts Unanständiges, für die in unserem Land gewachsene Kultur einzutreten.

Kulturelle Prägung heißt im Übrigen nicht zuletzt die Prägung durch eine politische Kultur. Deshalb halte ich es für legitim, wenn der britische Migrationsforscher Paul Collier im Kontext von Zuwanderung die Frage stellt, warum insbesondere Flüchtlinge, aber auch Arbeitsmigranten in großer Zahl nach Westeuropa kommen. Er betont, sie kämen „sicherlich nicht, weil die politischen Werte und Regeln in ihren Heimatländern zu Stabilität oder großem wirtschaftlichen Erfolgen geführt haben“, sondern er resümiert: „Migranten entfliehen im Wesentlichen Ländern mit gescheiterten Sozialmodellen.“ Der Import ihrer politischen Werte und Regeln würde die Länder Europas nicht mehr, sondern weniger erfolgreich und wettbewerbsfähig machen. Und während das

Fehlen einer nationalen Identität etwa auf unserem afrikanischen Nachbarkontinent stets als großes Problem angesehen wird, das es durch gute Politik zu beheben gilt, wird in Teilen Europas eine vitale nationale oder auch europäische Identität eher als Problem angesehen. Wenn wir Integration erwarten, dann müssen wir den Zuwanderern eben auch zeigen, wie genau diese Gesellschaft, diese Nation aussieht, in die hinein sie sich integrieren sollen, und von welchen Werten und Regeln sie geprägt ist. Einwenden mag man gegen die Gegenüberstellung von Leitkultur und Multi-Kulti, dass auch ein gänzlicher Verzicht auf die kulturelle Prägung einer Gesellschaft, ein Verzicht nicht auf Kultur, aber auf ein einiges kulturelles Band möglich oder wünschenswert sei. Ich halte das für theoretisch denkbar, aber unrealistisch, weil es die Mehrheit der Menschen und insbesondere der zu uns Kommenden überfordern würde: Menschen werden durch Erziehung und Familie, durch den Ort, an dem sie aufwachsen, kulturell geprägt. Diese Prägung ist zumindest Teil ihrer Identität. Sie ist durch diese Faktoren nicht vollständig determiniert und sie ist durch individuellen Entschluss wandelbar, aber die Prägung ist real. Menschen haben ein Bedürfnis nach einer

„Aus einem Nebeneinander von Kulturen in einem bestimmten Land wird schnell ein Gegeneinander.“

Identität, nach einer Heimat — die sowohl geographisch wie kulturell verstanden werden muss. Hat eine Gesellschaft nicht den Anspruch, diese Identität und die mit ihr verbundenen kulturellen Verhaltensweisen zumindest mit-zuprägen, so schafft sie ein Vakuum, in das andere Identitätsstifter umso ambitionierter hineinstoßen. Dann wird ethnische, soziale oder politische Zuordnung für viele noch bestimmender. Auch dies treibt eine Gesellschaft, eine Nation, ja, auch Europa weiter auseinander. Weder Deutschland im Besonderen noch West- und Mitteleuropa im Allgemeinen stellen geschichtslose Siedlungsräume dar. Vielmehr sind es gewachsene (und weiterwachsende) Kulturräume mit einem spezifischen Profil. Und das Bewusstsein dafür ist essenziell, wenn uns am Zusammenhalt unserer Gesellschaft gelegen ist.

### III. Unsere europäische, entwicklungsoffene Leitkultur

Wenn demzufolge der Verzicht auf eine Leitkultur mehr Gefahren birgt als die Hinwendung zu einer solchen, stellt sich umso mehr die Frage, welche Art von Leitkultur unserem Zusammenleben denn guttut. Mit Sicherheit erfüllt diese Funktion weder ein oberflächlicher Hurra-Patriotismus noch ein statisches, ethnisch begründetes Kulturkonzept. Deshalb stellt sich zunächst die Frage nach der geographischen Anknüpfung einer uns Orientierung gebenden Kultur:

Wenn es um das geht, was unsere Lebensweise bestimmt, unsere Werte und Regeln im Umgang miteinander prägt, dann gibt es innerhalb des west- und mitteleuropäischen Raums sicherlich mehr Verbindendes als Trennendes zwischen den einzelnen Staaten. Natürlich gibt es kulturelle Spezifika in jedem Land, aber diese gibt es natürlich auch in den verschiedenen Regionen innerhalb aller Länder.

Es ist daher deutlich sinnvoller, auf unserem Kontinent von einer europäischen, als von nationalen Leitkulturen zu sprechen. Eine der verheerendsten Fehlentwicklungen der europäischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts war die einseitige und nahezu ausschließliche Fokussierung der politischen Identität auf den Nationalstaat. Dass Nation und Nationalstaat wichtige politische Identifikationsobjekte bis heute geblieben sind, ist dabei unbestritten. Das erleben wir nicht nur bei jedem Fußball-Länderspiel. Auch politische Akteure und Entwicklungen nehmen wir zuvorderst auf der nationalen Ebene wahr — nicht zuletzt, weil auch die klassischen, wie die „sozialen“ Medien eine nationale Öffentlichkeit konstituieren. Von der Nationalsprache bis zum literarischen und kulturellen Erbe erleben wir unsere Kultur insofern als eine deutsche, französische oder italienische. Denken wir aber in größeren historischen Zusammenhängen und schauen auf die vielfältigen Besonderheiten, aber auch überregionalen Verbindungslinien der Elemente unserer Kultur, so gibt sich ein differenzierteres Bild. Einerseits werden kulturelle Prägungen, Identitäten oder Heimatverbundenheit vielfach mit kleineren geographischen Einheiten, wie dem Geburts- oder Wohnort oder der Heimatregion verbunden. Aber neben dieser subnationalen Identifikationsebene gibt es auch eine supranationale. Das ist zum einen die eben schon angeführte gemeineuropäische Kultur- und Wertetradition. Aber auch regionale Identitäten überschreiten nicht selten nationale Grenzen. Denn nur allzu oft trennen Staatsgrenzen auch gewachsene kulturelle Zusammengehörigkeiten oder sehr ähnlichen Sprachdialekte.

Festzuhalten bleibt also, dass es nicht die eine Heimat und dementsprechend auch nicht die eine monolithische Leitkultur gibt, sondern eher ein Modell „konzentrischer Kreise“, die auch an nationalen Grenzen nicht Halt machen. Wenn es um die prägenden Werte und Regeln unseres Zusammenlebens geht, und

wenn man hierbei nicht zuletzt auch auf die politische Ebene unseres Miteinanders abhebt, dann ergibt es daher den größeren Sinn, von einer europäischen Leitkultur zu sprechen. In dieser Logik liegt auch das von Ursula von der Leyen eingeführte Ressort in der Europäischen Kommission, das sich dem „European Way of Life“ widmet. Nach Auffassung der Kommissionspräsidentin sollte also unsere Antwort auf den bekannten „American Way of Life“ eine europäische und nicht in erster Linie der Verweis auf eine Vielzahl nationaler „Lebensweisen“ sein, der freilich die nationale und regionale Vielfalt Europas immer mitdenkt. Ebenso wenig wie die Kultur an sich kann eine Leitkultur jemals statisch oder abgeschlossen sein. Der Kulturbegriff an sich — jedenfalls wie wir ihn in Europa verstehen — setzt Offenheit, Entwicklungsfähigkeit, ja Neugierde voran. Aus diesem Grunde ist es selbstverständlich, dass auch Zuwanderer unsere Kultur beeinflussen. Das tun sie keineswegs nur folkloristisch und kulinarisch, sondern in vielerlei Hinsicht. Und die Erfahrung — jedenfalls in Westeuropa — zeigt, dass die „einheimische“ Bevölkerung diese Neugierde und Offenheit grundsätzlich gegenüber dem und den „Neuen“ gezeigt hat.

„Ebenso wenig wie die Kultur an sich kann eine Leitkultur jemals statisch oder abgeschlossen sein.“

Wichtig ist festzuhalten, dass es sich bei kulturellen Veränderungs- und Bereicherungsprozessen durch Zuwanderung nicht um disruptive, sondern um evolutive Prozesse handelt — wenn man einmal von Fällen einer militärischen oder politischen „Eroberung“ absieht. Die Allmählichkeit dieser Prozesse bringt auch ihre Steuerbarkeit durch die autochthone Gesellschaft mit sich. Diese wird das legitime Ziel verfolgen, für das Zusammenleben abträgliche oder als kultureller Rückschritt empfundene Anreicherungen abzulehnen. Das bedeutet heute beispielsweise, dass wir Gesellschafts- oder Familienbilder, welche die Gleichberechtigung der Geschlechter oder die Gewaltfreiheit im Umgang miteinander ablehnen oder relativieren, gegen importierte abweichende Vorstellungen verteidigen. Dies sind kulturelle Errungenschaften, die auch in Europa vor Jahrzehnten alles andere als selbstverständlich waren. Aber umso stärker ist das Bewusstsein, dass sie auch gegenüber Änderungsimpulsen zu schützen sind, da ganz offensichtlich nicht jede von außen zu uns getragene kulturelle Idee auch ein Fortschritt ist.

### IV. Leitkultur und Recht

Schon das CDU-Grundsatzprogramm adressiert die These, ein eigenes Leitkultur-Konzept sei entbehrlich gehalten, weil unser Grundgesetz (oder unsere Rechtsordnung insgesamt) doch als Grundlage unseres Zusammenlebens ausreichend sei. Dagegen spricht zunächst schon, dass eine Leitkultur Anleitung und Orientierung gibt. Rechtsnormen hingegen bestimmen und ordnen an. Wenn alle Prinzipien unseres Zusammenlebens rechtlich geregelt wären, verschwände auch die freiheitssichernde Trennung von Staat und Gesellschaft. Eine „Staats-Gesellschaft“, die rein durch Rechtsnormen, die am Ende jedes Detail des täglichen Lebens regeln, zusammengehalten wird, erscheint mir aus diesem Grunde wenig erstrebenswert.

Alternativ wird daher mitunter nicht die Rechtsordnung als Ganzes, sondern gerade in Deutschland nur unser Grundgesetz als Surrogat oder Alternative für eine Leitkultur genannt. Richtig daran ist, dass einer guten Verfassung — über ihre rein normative Wirkung hinaus — sicherlich eine wichtige integrative Funktion zukommt und wir in Deutschland nach der Überwindung des menschenverachtenden Nationalsozialismus über



den von Dolf Sternberger geprägten Begriff des „Verfassungspatriotismus“ überhaupt erst allmählich zu einem aufgeklärten, republikanischen Patriotismus gefunden haben. Aber auch das Grundgesetz ist und bleibt ein Normtext. In der weitaus überwiegenden Zahl seiner Vorschriften regelt es gar nur das Verhältnis der Staatsorgane und Staatsebenen untereinander. In seinen ersten zwanzig Artikeln konstituiert es nach der Interpretation unseres Bundesverfassungsgerichts zwar eine „objektive Werteordnung“, die für das Zusammenleben der Grundrechtsträger über den engeren Normtext hinaus eine gewisse Orientierung gibt.

Aber hier werden doch im Wesentlichen Rechte konstituiert, während für das Zusammenleben und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft auch Pflichten von Bedeutung sind.

Rechts- und selbst Verfassungstexte können daher nicht an die Stelle einer kulturellen Verständigung und kultureller Werte treten. Allerdings bringt es eine – nicht nur durch Zuwanderung – heterogener werdende Gesellschaft mit sich, dass sich die Grenzen zwischen Themen, die der gesellschaftlichen Selbstregulierung, dem „Komment“ des Zusammenlebens, überlassen bleiben können, und den gesetzlich verbindlich zu regelnden Sachverhalten in einigen Punkten zugunsten letzterer verschiebt. Wenn grundlegende Moralvorstellungen aus dem gesellschaftlichen Konsens herausfallen, muss das Recht eingreifen. In Deutschland sind Beispiele dafür aus jüngerer Zeit etwa das partielle Verbot der Vollverschleierung oder ein verschärftes Verbot und die Nichtigkeit von Kinderehen.

## V. Inhalte einer europäischen Leitkultur

Wenn wir von der Prämisse einer europäisch geprägten Leitkultur ausgehen, müssen wir auch versuchen, diese Werte einer „europäischen Leitkultur“ im Einzelnen zu beschreiben. Das CDU-Grundsatzprogramm nennt hier eine ganze Reihe von Regeln und Werten – ohne den Anspruch auf eine abschließende

Definition zu erheben. Auch hier kann nur eine (zusätzliche) typisierende Annäherung an das Konzept der Leitkultur geboten werden.

Dabei ist in Rechnung zu stellen, dass die Ausformung und Bedeutung dieser Werte nicht auf dem gesamten europäischen Kontinent identisch sind. Nicht gänzlich unplausibel erscheint etwa die von Samuel Huntington betonte Differenzierung zwischen dem historischen Raum

der lateinischen Christenheit und weiten Teilen des östlichen Europas. Aber auch manche andere historisch radierte Differenzierung ließe sich anfügen. Letztlich wird sich mindestens eine europäische Nation, eine Region für nahezu jedes Element einer europäischen Leitkultur finden, wo dieses nicht oder nur schwach ausgeprägt ist. Bei einer typisierenden Annäherung ficht dies das Gesamtbild der herauszufilternden europäischen Leitkultur aber nicht an. Nicht vergessen sollten wir in diesem Zusammenhang, dass viele Nationalstaaten bei näherer Betrachtung ohnehin kulturell viel weniger homogen erscheinen, als die von ihren Staatsrepräsentanten gepflegten Narrative von einer gewachsenen Nationalkultur uns glauben machen möchte. Vor diesem Hintergrund wollen wir uns – in sieben Themenbereichen – der Frage annähern: Was macht unsere (west-)europäische Leitkultur aus?

» *Rechts- und selbst Verfassungstexte können nicht an die Stelle einer kulturellen Verständigung und kultureller Werte treten.* «

- 1 Die europäischen Nationen sind heute typischerweise **offene und plurale Gesellschaften**. Sie versuchen, unterschiedliche Strömungen aufzunehmen und zu integrieren, ohne sie gleich machen oder ihre Unterschiede einebnen zu wollen. Vielfalt wird weitaus mehr als Bereicherung und Chance, denn als Bedrohung gesehen. Auf der Grundlage dieser Haltung haben sich in den meisten Staaten auch Methodiken

herausgebildet, die diese Vielfalt auch in politischen Entscheidungsprozessen abbilden: Die Staatsform der parlamentarischen Demokratie ist daher in weiten Teilen Europas ebenso prägend wie Elemente der Verhältniswahl bei der Auswahl von Abgeordneten oder lokalen Vertreterversammlungen.

2 Diese Akzeptanz von Vielfalt geht einher mit einer Akzeptanz und in einem **Schutz von verschiedenen Lebensstilen** und generell **von Minderheiten**. Damit zusammen hängt auch ein über Europa hinausgehender Einsatz für Menschenrechte und für Volksgruppen oder Staaten, die politisch oder militärisch bedrängt sind. Insbesondere die von Deutschland ausgehende Vernichtungspolitik gegen Juden in ganz Europa hat nicht nur für unser Land die Unterstützung des Existenzrechts Israels und den weltweiten Kampf gegen Antisemitismus zu einer politischen Konstante werden lassen.

3 Zu nennen ist in diesem Kontext natürlich auch das gesellschaftliche und politische Denken vom Einzelnen aus, der **Schutz des Individuums** und der Individualität. Dieser Ansatz hat nicht erst seit der französischen Revolution, sondern in Vorläufern schon im Mittelalter zur Ausbildung von Grund- und Menschenrechten geführt. Diese sind inzwischen auch effektiv durchsetzbar und einklagbar als verbindliche Schranke für staatliches Handeln. Damit einher geht einerseits die Wertschätzung der persönlichen Leistung des Einzelnen im Wirtschaftssystem. Andererseits garantiert die Menschenwürde aber diese Wertschätzung auch unabhängig von seinen Leistungen und seiner Leistungsfähigkeit für jeden Menschen.

Humane und soziale Werte haben in Europa zweifellos einen größeren Stellenwert als in manch anderen Weltregionen. Aus Sicht der wirtschaftlichen Entwicklung im Zeitalter von künstlicher Intelligenz und hochdynamischen Märkten, in denen der so genannte "First Mover" einen oft uneinholbaren Vorteil hat, führt dies aber auch zu dem sogenannten „europäischen Dilemma“, denn Werte wie Pluralismus, Privatsphäre, Rede- und Meinungsfreiheit sowie Menschenwürde verlangen nach ethischer Abwägung und Augenmaß im Umgang mit dem technologischen Fortschritt. Können wir allerdings in dem Rennen um Technologieführerschaft nicht mithalten, machen wir uns abhängig von Anwendungen aus Asien oder Amerika und müssen so auch Teile der dortigen Wertesysteme akzeptieren, die in diesen Anwendungen im wahrsten Wortsinne „mit verbaut“ sind.

4 Die europäischen Gesellschaften haben sich in den letzten Jahrzehnten zu vergleichsweise **friedlichen und friedfertigen Gesellschaften** entwickelt. Auch hier mag die Erfahrung vieler Kriege und v.a. zweier Weltkriege im 20. Jahrhundert, die ihren Schauplatz insbesondere in Europa hatten, prägend geworden sein. Auch nach einem besorgniserregenden Wiederanstieg mancher Arten von Gewalttaten nicht zuletzt in unserem Land, lässt sich diese Einordnung immer noch an den europäischen Kriminalitätsstatistiken ablesen, die verglichen mit den meisten anderen Regionen der Welt deutliche geringere Fallzahlen von Gewaltkriminalität aufweisen. Auch der alltägliche Umgang in unserer Gesellschaft mag nicht immer freundlich und herzlich sein, aber er ist doch vergleichsweise gewaltfrei. Und dort, wo sich das (auch im Kontext von Zuwanderung) tendenziell ändert, wird dies zurecht nicht als „normal“ bewertet, sondern als vordringliches Problem und als prioritäre Aufgabe für die Politik.

In den allermeisten Ländern dieses Kontinents ist auch der private Waffenbesitz die Ausnahme. Die Regel ist, dass Bürger keine Schusswaffen besitzen dürfen. Ausnahmen müssen mit einer konkreten Notwendigkeit – etwa als Jäger oder Sportler – begründet werden. Und nicht nur das deutsche Waffenrecht gehört zu einem der strengsten der Welt.

5 Zu diesem Merkmal der Friedfertigkeit gehört auch ein spezifisches Religionsverständnis, dass das Christentum, aber auch andere Religionen nicht im Sinne eines Kampfauftrages sieht, sondern die **friedensstiftende Wirkung der Religionen** ganz in den Vordergrund rückt. Dieses Religionsverständnis ist eben auch die Lehre aus vielen blutigen Glaubenskriegen und einem langen schmerzhaften Gegeneinander der christlichen Konfessionen gerade in Europa. Die Friedfertigkeit und Dialogorientierung der Religionen ist dabei aber nicht nur eine Feststellung, sondern auch eine sehr klare Erwartungshaltung an alle Religionen, die auch geeignet ist, der Religionsfreiheit rechtliche Grenzen zu setzen.

6 Die europäische Kultur basiert (neben dem Christentum) historisch auf der griechischen Philosophie und der neuzeitlichen Aufklärung sowie auf dem Gedanken des römischen Rechts. Davon ausgehend spielt der **rationale Diskurs und die kritische Reflexion gesellschaftspolitischer Fragestellungen** in Europa nach meinem Dafürhalten eine besonders zentrale Rolle. Nun wird nicht jeder europäischen Nation die Stereotypen des „Grüblerischen“ und „Alles-Hinterfragenden“ zugeschrieben wie der deutschen, aber der kritische Umgang mit Zukunftsfragen und eine gewisse Zurückhaltung gegenüber allem Charismatischen in der Politik, glaube ich auch über Deutschland hinaus ausmachen zu können. Zuzugestehen ist allerdings, dass u.a. die Entwicklung des Diskurses in Zeiten einer digitalen Mediendemokratie an diesem Befund des rational-kritischen Diskurses doch sichtbar kratzt. Nun lohnt es gerade deshalb, insbesondere dieses kulturelle Erbe zu verteidigen.

Dieses kulturelle Erbe führt auch dazu, dass Ideen der Nachhaltigkeit und der Langfristverantwortung der Politik in Europa tendenziell mehr Chancen auf Gehör haben als in vielen anderen Teilen der Welt. Das gilt für das Bewusstsein von der Endlichkeit der natürlichen Ressourcen, wie auch für die elementare Herausforderung durch den Klimawandel.

„Die Friedfertigkeit und Dialogorientierung der Religionen ist (...) nicht nur eine Feststellung, sondern auch eine sehr klare Erwartungshaltung an alle Religionen.“

7 Europa ist zumindest unter den Kulturräumen und Nationen, die sich einer marktwirtschaftlichen Ordnung verschrieben haben, deutlich stärker von dem gesellschaftlichen Wunsch und dem staatlichen Versprechen nach **Gleichheit** geprägt als andere Weltregionen. Ein hohes Einkommen oder Vermögen sollen sich möglichst nicht in einem erhöhten politischen Einfluss widerspiegeln. Politische Ämter sind i.d.R. nicht den Reicheren vorbehalten und erfordern auch keine so außergewöhnlichen Fundraising-Fähigkeiten wie wir sie etwa in den USA erleben. Gleichheit als kulturelles Charakteristikum kann andererseits natürlich die wirtschaftliche Dynamik Europas schwächen, indem stärker die Unterschiede in der Wohlstandsverteilung als das Wohlstandswachstum insgesamt in den Fokus politischer Debatten gerät.

Um zu verhindern, dass die einen Brot mit Käse und die anderen Brot mit Kaviar essen, wird dann schon einmal sicherheitshalber trockenes Brot für alle propagiert.

Und auch in der Corona-Krise haben wir gesehen, wie unterschiedlich etwa der asiatische Ansatz am Beispiel Südkoreas zu dem europäischen Ansatz in der Bekämpfung der Infektionsausbreitung war: Südkorea hat auf einen staatlich angeordneten Lock-Down verzichtet, dafür aber alle Infizierten und deren Kontaktpersonen mit sehr restriktiven (digitalen wie analogen) Kontrollpflichten belegt. Das ergab sehr erhebliche Grundrechts- und Datenschutzengriffe für einige. Solche Differenzierungen sind europäischem Denken weitgehend fremd: Der Lock-Down bedeutete hier gleiche – aber i.d.R. nicht ganz so intensive – Grundrechtseingriffe für alle.

In diesen Kontext von „Gleichheit“ gehört die große **soziale Unterstützung der Schwächeren** in Europa. Mit nur noch 7 % der Weltbevölkerung und immerhin noch etwa 25 % der Weltwirtschaftsleistung (bei einem aber deutlich geringeren Anteil am weltweiten Wirtschaftswachstum von eher 10 %) leistet sich Europa noch nahezu die Hälfte der globalen Sozialausgaben. Der Schutz des Schwächeren – basierend auf der Idee der Menschenwürde und der Solidarität – ist damit ebenfalls ein wichtiges Kennzeichen der politischen Kultur Europas. Es deutet aber auch darauf hin, dass es den Europäern etwas bedeutet, Teil ihrer jeweiligen Nation zu sein, die dieses Sicherungsnetz ausbreitet.

## VI. Schluss

Die Beschäftigung mit der Kultur und den Werten unseres Europas mag mitunter mühsam sein und mag sich der Verdächtigung aussetzen, hier wolle sich ein Kontinent nur auf sich besinnen und im Zweifelsfalle nach außen abschotten. In Wahrheit wäre es aber gerade in unserer Zeit zynisch, von denen, die nach Europa zuwandern, Integration zu fordern, aber nicht darüber sprechen zu wollen, wohinein genau sie sich denn integrieren sollen. Leitkultur mag ein in manchen Facetten schwer greifbares Konzept sein.

Aber es geht um nichts weniger als um eine Antwort auf die Frage, die der amerikanische Historiker Samuel Huntington

in einem Buchtitel kurze Zeit nach dem 11. September 2001 gestellt hat: „Who are we?“ – „Wer sind wir?“. Eine statische Gesellschaft ohne nennenswerte Zuwanderung kann evtl. einen Bogen um diese Frage machen. Eine Zuwanderungsgesellschaft wie die unsere kann sich eine Sprachlosigkeit auf diese Frage nicht leisten, wenn sie nicht auseinanderfallen will. Sie muss ihre Kultur beschreiben und erklären können, um den neu Hinzukommenden eine Orientierung geben.

Das Grundsatzprogramm der CDU bekennt sich zur Leitkultur als „einigende(m) Band, das diejenigen miteinander verbindet, die in ein und demselben Land leben“. Für die Arbeit der CDU, für christdemokratische Politik reicht das als ethische Fundierung aber nicht aus. Für uns ist Fundament und Leitlinie unseres politischen Handelns das christliche Verständnis vom Menschen. Dazu gehört die Gottesebenbildlichkeit des Menschen. Der EAK-Bundesvorsitzende Thomas Rachel hat daher vor dem Grundsatzprogramm-Parteitag zurecht

*„Eine Zuwanderungsgesellschaft wie die unsere kann sich eine Sprachlosigkeit auf diese Frage nicht leisten.“*

formuliert: „Unsere Politik als Christdemokraten beruht auf der Verantwortung vor Gott und den Menschen.“ Dass sich dieses klare Bekenntnis als Ausfluss der „C“ im Namen unserer Partei in dankenswerter Klarheit im neuen Programm wiederfindet, ist nicht zuletzt Verdienst des EAK. So wie die Leitkultur für unser gesamtes Land eine – nicht juristische, aber gesellschaftliche – Verbindlichkeit beanspruchen kann, so verbindlich ist für uns als CDU darüber hinaus das christliche Menschenbild, auf dessen Grundlage Christen und Nicht-Christen in unserer Partei zusammenarbeiten.



*Prof. Dr. Günter Krings MdB*  
ist Vorsitzender der Arbeitsgruppe  
Recht sowie der Landesgruppe  
Nordrhein-Westfalen in der Bundestags-  
fraktion der CDU/CSU.

## Besuchen Sie uns auf facebook

Möchten Sie über die Arbeit des EAK der CDU/CSU auf dem Laufenden gehalten werden? Dann besuchen Sie den EAK auf seiner facebook-Seite.



Sie finden uns unter unserem Namen  
„Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU“.



# Was ist Leitkultur?

Dr. Michael Franz

In dem Grundsatzprogramm „Freiheit und Sicherheit. Grundsätze für Deutschland“, das der 21. Parteitag vom 3./4. Dezember 2007 in Hannover beschlossen hat, findet sich der Begriff der Leitkultur: „Diese kulturellen Werte und historischen Erfahrungen sind die Grundlage für den Zusammenhalt und bilden unsere Leitkultur in Deutschland“ (Nummer 37, siehe auch Nummer 57).

Das Grundsatzprogramm „In Freiheit leben. Deutschland sicher in die Zukunft führen“, welches der 36. Parteitag der CDU Deutschlands vom 6./7./8. Mai 2024 in Berlin beschlossen hat (GP2024), schreibt dies fort und nimmt verstärkt auch den rechtlich-politischen Bereich der Leitkultur in den Blick.

Norbert Lammert bemerkt zu dieser Vokabel: „Es gibt Begriffe, die zur Verdeutlichung dessen, worum es geht, nur begrenzt geeignet sind, ohne die aber die notwendige Debatte gar nicht stattfinden, die leichter zu verweigern als zu führen ist. Leitkultur ist ein schwieriger Begriff für eine unbequeme, aber unvermeidliche Debatte“ (Lammert, These 1, Anlage 1).

## A.

Bassam Tibi brachte den Begriff der „europäischen Leitkultur“ in der Auseinandersetzung mit dem „Multikulturalismus“ Mitte der 1990er Jahre in Diskussion ein, als die massenhafte Migration zu einem, die Identität des europäischen Kontinents verändernden Prozess geworden ist.

Tibi stammt aus Damaskus. Er war von 1973 bis 2009 Professor für Internationale Beziehungen an der Georg-August-Universität in Göttingen. In seinem Buch „Europa ohne Identität? Die Krise der multikulturellen Gesellschaft“ (München 2000, S. 49) schreibt er: „In kulturell vielfältigen Gesellschaften leben Menschen aus unterschiedlichen Kulturen in einem durch eine Leitkultur verbundenen Gemeinwesen zusammen. Im Modell einer Multi-Kulti-Gesellschaft gibt es dagegen keine verbindlichen Werte einer Leitkultur, sondern eine Zusammenballung von nebeneinander lebenden Menschen, also faktisch eine Ansammlung ethnischer Ghettos.“

In dem Abschnitt „Um Missverständnissen vorzubeugen: Kulturpluralismus ist nicht mit ‚Multi-Kulti-Kommunitarismus‘ gleichzusetzen“ erläutert er dies am Beispiel der Vereinigten Staaten von Amerika: „Das Herkunftsland der multikulturalistischen Ideologie sind die Vereinigten Staaten von Amerika. Nordamerika ist traditionell ein Einwanderungskontinent. Dennoch sind die Vereinigten Staaten noch keine multikulturelle Gesellschaft. Bisher hat die US-amerikanische, sich aus Migranten zusammensetzende Gesellschaft Menschen unterschiedlicher ethnischer und kulturellen Herkunft nicht nur eine Heimat, sondern auch eine gemeinsame, für alle gleichermaßen geltende ‚amerikanische Identität‘ gewährt. Dadurch ist Amerika – der angesprochenen Mode zum Trotz – immer noch kulturpluralistisch, aber keine multikulturelle Gesellschaft in dem hierzulande verbreiteten Sinne von Multi-Kulti-Relativismus. Ganz im Gegenteil: Der Multikulturalismus wird als Bedrohung des amerikanischen Gemeinwesens empfunden, weil zu seinen Konsequenzen The Disuniting of America (A. Schlesinger/ New York 1992) gehört“ (ebenda, S. 92). Und weiter (ebenda, S. 181):

„Innerer und sozialer Friede innerhalb Europas erfordern ein Einverständnis über Gemeinsamkeiten. Dies nenne ich ‚Leitkultur‘, ohne die die bestehenden Spannungen, die bis zur Gewalttätigkeit eskalierende Konflikte hervorrufen können, nicht bewältigt werden können. ... Innerhalb Europas wird eine mit den Migranten zu teilende Leitkultur benötigt; außerhalb Europas eine internationale Moralität. Die erste muss europäisch, die zweite kulturübergreifend geprägt sein.“

Eine sehr gute Übersicht seine Arbeiten und über die Diskussion zur Leitkultur in deren Folge, vor allem in dem parteipolitischen Raum, gibt Reinhard Meier-Walser in seinem Beitrag „Die Diskussion um eine Leitkultur. Hintergrund, Positionen und aktueller Stand“, der von Hanns Seidel Stiftung herausgegeben wurde (München 2017).

## B.

Ist die Diskussion um die Leitkultur eine Diskussion „unserer Tage“? Nein, exemplarisch kann gezeigt werden, dass es diese Diskussion schon vorher gegeben hat. Dabei werden zwei Ansätze aufgegriffen: einen induktiven Ansatz, der die Historie in Mitteleuropa in den Blick nimmt und einen deduktiven Ansatz aus der soziologischen Systemtheorie.

### 1. Ein induktiver Zugang

In seinem Aufsatz „Die Entstehung des Staates als Vorgang der Säkularisation“ entwickelt Ernst-Wolfgang Böckenförde in den 1960er eine These, die als Böckenförde-Diktum fester Bestandteil des staatswissenschaftlichen Diskurses ist. Es lautet: „Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann“ (zitiert nach der erweiterten 8. Auflage seines Buches „Recht, Staat, Freiheit“, Frankfurt am Main 2021, S. 112).

Ausgangspunkt seiner Überlegungen ist, „dass der Begriff Staat kein Allgemeinbegriff ist, sondern zur Bezeichnung zur Bezeichnung und Beschreibung einer politischen Ordnungsform dient, die in Europa vom 13. bis zum Ende des 18. Jahrhunderts, teils Anfang des 19. Jahrhunderts aus spezifischen Voraussetzungen und Antrieben der europäischen Geschichte entstand und sich seither, gewissermaßen abgelöst von ihren konkreten Entstehungsbedingungen, über die gesamte zivilisierte Welt verbreitet (ebenda, S.

92). In Europa sei es zunächst die Religion, das Christentum, gewesen, die Grundlage der staatlichen Ordnung war. Der „Einheit aus der Religion“ folgte im Zuge der Säkularisation und der Glaubensspaltung die „Einheit der Nation“ (ebenda, S. 112). Und weiter: „Inzwischen hat die Idee der Nation, nicht allein in vielen Staaten Europas, diese Formkraft verloren. ... Nach 1945 suchte man, vor allem in Deutschland, in der Gemeinsamkeit vorhandener Werteüberzeugungen eine neue Homogenitätsgrundlage zu finden. Aber dieser Rekurs auf die ‚Werte‘, auf seinen mittelbaren Inhalt befragt, ist ein höchst dürftiger und auch gefährlicher Ersatz; er öffnet dem Subjektivismus und Positivismus der Tageswertungen das Feld,

„Unsere Leitkultur umfasst mehr als das Grundgesetz.“

(CDU-Grundsatzprogramm 2024)

die, je für sich objektive Geltung verlangend, die Freiheit eher zerstören als fundieren. So stellt sich die Frage nach denen bindenden Kräften von neuem und in ihrem eigentlichen Kern: Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann. Das ist das große Wagnis, das er, um der Freiheit willen, eingegangen ist“ (ebenda, S. 112).

Zugespielt kann man sagen: Die Leitkultur – Böckenförde spricht von der „Homogenitätsgrundlage“ – meint die von ihm angesprochenen Voraussetzungen, die der freiheitliche, säkularisierte Staat benötigt, die er aber nicht garantieren kann. Genau das spricht das GP2024 an: „Unsere Leitkultur umfasst mehr als das Grundgesetz“ (S. 32), „Wir bekennen uns zum Gottesbezug unseres Grundgesetzes und wissen zugleich, dass unser freiheitlicher Staat von Voraussetzungen lebt, die er selbst nicht garantieren kann“ (S. 37).

## 2. Ein deduktiver Zugang

Der US-amerikanische Soziologe Talcott Parsons entwickelte eine soziologische Systemtheorie in den 1950er Jahren. Danach besteht die moderne Gesellschaft aus

- dem Ökonomischen System, das durch den Tauschhandel bestimmt wird,
- dem Politischen System, das durch Macht determiniert wird,
- dem Gemeinschaftssystem, das auf gegenseitiger Verbundenheit gegründet und
- dem Sozial-kulturellen System, das von Werteübereinstimmung (Commitments) geprägt ist.

Das Sozialkulturelle System „erfüllt die Funktion der sozial verbindenden Symbolkonstruktion als eine Konkretisierung der Funktion der Bewahrung latenter Strukturen und der Generalisierung des Handlungsspielraums durch die Verknüpfung niedrigster Symbolkomplexität und höchster Handlungskontingenz (L). Das Werteprinzip von Argumenten (Wertecommitments) ist die Integrität von Symbolmustern, der Koordinationsstandard ist die Konsistenz von Symbolsystemen“ (Münch, Richard, Die Struktur der Moderne. Grundmuster und differentielle Gestaltung des institutionellen Aufbaus der modernen Gesellschaften, Erste Auflage, Frankfurt am Main 1984, S. 37).

Als Beispiel für „die Verknüpfung niedrigster Symbolkomplexität und höchster Handlungskontingenz“ mag die Nationalflagge auf einem Touchscreen dienen. Die Schaltfläche „schwarzrot-gold“ reicht, um die deutsche Sprache dort aufzurufen.

Die Subsysteme werden in dem **Schaubild auf Seite 11** anhand der modernen Gesellschaft erläutert (AGIL-Schema):

- Das „**A**“ rechts oben beim Ökonomischen System steht für Adaption = die Fähigkeit, sich auf verändernde äußere Bedingungen anzupassen (Anpassungsfunktion).
- Das „**G**“ beim Politischen System links oben steht für Goal Attainment = die Fähigkeit, Ziele zu definieren und zu erreichen (Zielerreichungsfunktion).
- Das „**I**“ beim Gemeinschaftssystem links unten steht für Integration = die Fähigkeit, Zusammenhalt und Einschluss herzustellen (Integrationsfunktion).
- Das „**L**“ in dem Schaubild rechts unten auf Seite 4 beim Sozial-kulturellen System meint „Latency = die Fähigkeit eines Systems, grundlegende Strukturen und Wertmuster aufrecht zu erhalten (Strukturerhaltungsfunktion).

Dieses „Sozialkulturelle System“ einer modernen Gesellschaft steht nicht über oder unter dem „Politischen System“, es steht daneben. Beide bedingen einander. Das „Sozial-kulturelle System“ meint das, was Leitkultur ist.

Die Funktion der Anpassung (A), der Zielerreichung (G), der Integration (I) sowie der Strukturerhaltung (L) benötigen alle sozialen Systeme.

## 3. Die Schnittmenge beider Zugänge

Norbert Lammert stellt fest: „Es gibt keine Rechtsnormen, die vom Himmel fallen. Diese Setzungen sind logisch betrachtet willkürliche Prioritäten, was erlaubt sein soll und was nicht. Und die Begründung für die Erlaubnis wie für das Verbot ist immer kulturell“ (Lammert, These 5 b, Anlage 1).

Kulturell – das ist das Stichwort: leitkulturell. Es ist gerade Ausdruck der Moderne, dass die Subsysteme nicht alleine stehen, sondern sich durchdringen („Interpenetration“ – Münch, Richard, ebenda, S. 15). So sind die Pfeile vom Sozial-kulturellen System zum Politischen System überschrieben mit „Legitimation von Herrschaft“ und „Legalität der Entscheidungsbefugnisse öffentlicher Ämter“ überschrieben, die Pfeile vom Politischen System zum Sozialkulturellen System mit „Moralische Verantwortung für kollektive Interessen“ und „Operative Verantwortlichkeit“. Das Politische System benötigt das Sozial-kulturelle System für die „Legitimation von Herrschaft“, weil eben die Rechtsnormen nicht vom Himmel fallen. Diese Rechtsnormen benötigen eine Homogenitätsgrundlage.

## C.

### 1. Grundgesetz genügt!?

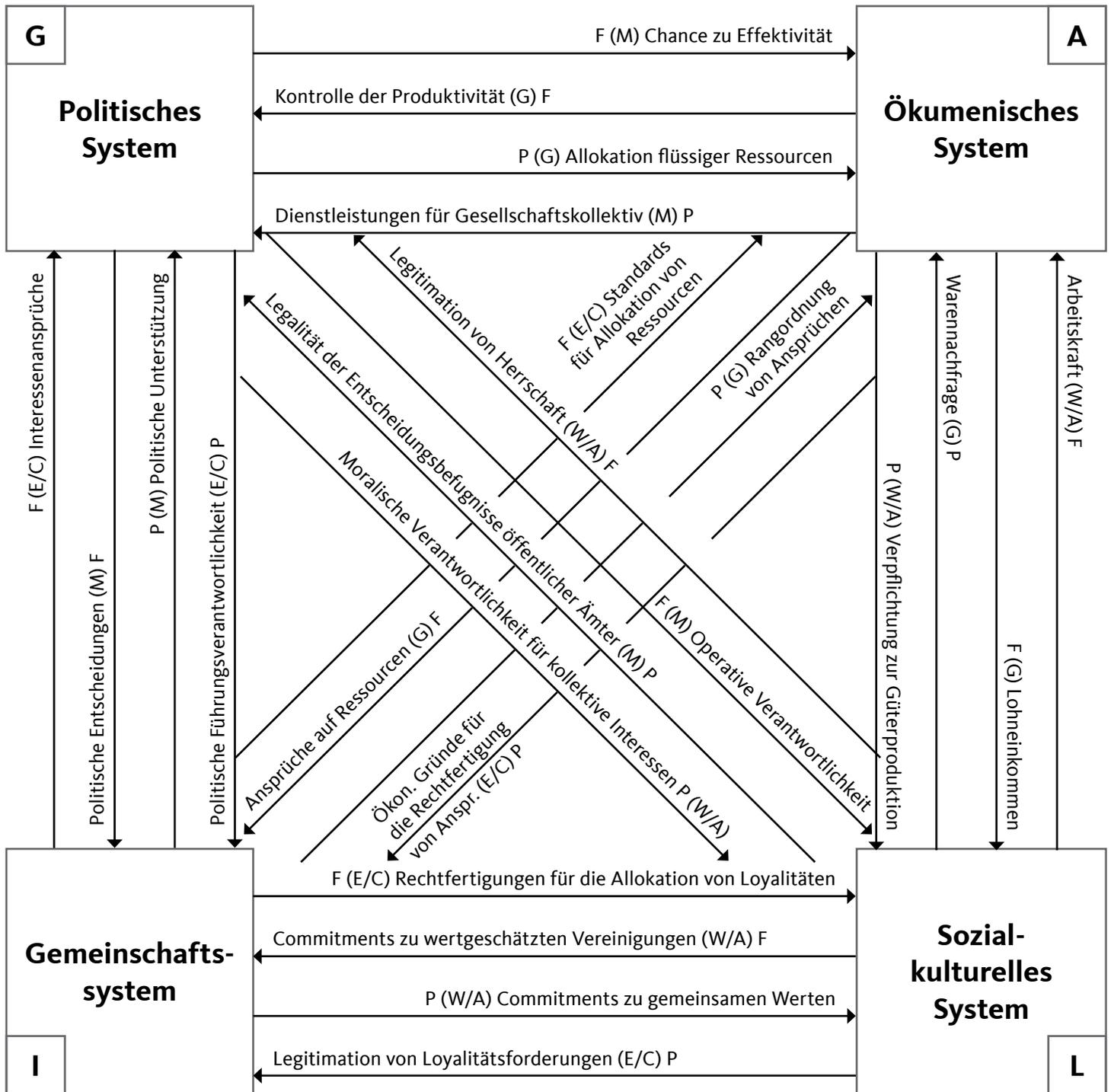
Als Gegenargument zum Konzept der „Leitkultur“ wird oft gesagt: „Das Grundgesetz reicht“ (siehe hierzu: Reinhard Meier-Weiser, ebenda, S. 11ff).

Zunächst wirkt es vor dem Hintergrund des Wiederaufbaus nach 1945 befremdlich, wenn Fragen der Kultur mit dem Hinweis auf den Zentralstaat beantwortet werden. Ganz bewusst wurde damals im Lichte der jüngsten deutschen Geschichte Wert daraufgelegt, dass die Kultur Sache der Länder ist. Sie wurde gerade nicht dem Bund zugeordnet. Besser ist es deshalb, neben dem Grundgesetz auch und gerade das Gemeinsame der Verfassung der deutschen Länder und ihren Ausführungsgesetzen in den Blick zu nehmen. Hier gibt es vor allem zwei wichtige Ansatzpunkte: a) das Sonn- und Feiertagsrecht sowie b) die Ziele schulischer Bildung und Erziehung.

„Diese, von der Prägekraft der hiesigen Geschichte gestaltete Interpretation des weltweiten Christentums ist deutsche Leitkultur.“

a) Auf Initiative des EAK wurden die „christlichen Traditionen“ (Antrag A080-Ä001) bei der Beschreibung Deutschlands („Wir setzen auf einen weltoffenen Patriotismus“) in das GP2024 eingefügt. Das Grundgesetz sagt grundsätzlich nichts zu den Feiertagen, weil dies Sache der Länder ist (Ausnahme: 3. Oktober – Tag der Deutschen Einheit – Bundeskompetenz kraft Natur der Sache). Gerade das Sonn- und Feiertagsrecht bringt aber die christlichen Traditionen als Bestandteil unserer Leitkultur klar zum Ausdruck: Zu diesen „christlichen Traditionen in Deutschland“ gehört, dass der Karfreitag ein stiller Feiertag in allen 16 deutschen Ländern ist. Der Karfreitag „als Tag mit einem besonderen Stilleschutz und die damit verbundenen grundrechtsbeschränkenden Wirkungen“ sind gerechtfertigt und mit dem Grundgesetz vereinbar – Leitsatz 1 zum Beschluss des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichtes vom 27. Oktober 2016 (1 BvR 458/10). In der Begründung heißt

# Subsysteme anhand der modernen Gesellschaft erläutert (AGIL-Schema)



## Legende:

A = Argument  
 E = Einfluss  
 F = Faktor  
 W = Wertcommitment

M = Politische Macht  
 P = Produkt  
 C = Commitment  
 G = Geld

Das Input-Output-Paradigma des sozialen Systems (Nach: T. Parsons und G. M. Platt, *The American University, Cambridge, Mass.;* Harvard University Press, 1973, Figure A. 3, S. 432, aus: R. Münch, *Theorie des Handelns*, Frankfurt, Suhrkamp, 1982, S. 131

es ausdrücklich: „Dass der Gesetzgeber danach der gewachsenen und für weite Teile der Bevölkerung bis heute fort-dauernden besonderen Bedeutung des Christentums Rechnung trägt, macht dies nicht zu einer verfassungswidrigen Privilegierung einer ‚Mehrheitsreligion‘, sondern ist Ausdruck der Prägekraft der Geschichte“ (Randnummer 66). Diese, von der Prägekraft der hiesigen Geschichte gestaltete Interpretation des weltweiten Christentums ist deutsche Leitkultur, weil beispielsweise in der Französischen Republik der Karfreitag ein gewöhnlicher Werktag ist (ausgenommen die Départements Metz, Colmar und Strasbourg sowie die Départements d’outremer Martinique und Guadeloupe – Vendredi Saint). Eine Sportveranstaltung am Karfreitag in Saarbrücken ist ein Verstoß gegen die Feiertagsruhe und kann als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße mit bis zu 1.500 Euro geahndet werden. Die gleiche Veranstaltung in ihrer französischen Partnerstadt Nantes am Karfreitag wäre eine gewöhnliche Sache. Umgekehrt ist l’Assomption (Maria Himmelfahrt – 15. August) in der Französischen Republik der 8. gesetzliche Feiertag (Article L3133-1 Code du travail). In Deutschland ist der 15. August nur Feiertag im Saarland und im Freistaat Bayern in Gebieten mit überwiegend katholischer Bevölkerung. Also: unterschiedliche Leitkulturen – unterschiedliche Feiertage – paragrafenscharf, bußgeldbewehrt.

- b) Die Ziele der schulischen Bildung und Erziehung sind zweifelsfrei eine sehr wichtige Ausprägung der Leitkultur. Das Grundgesetz sagt hierzu nichts. Artikel 7 des Grundgesetzes legt die Staatsaufsicht über das Schulwesen fest, regelt Grundlagen des Religionsunterrichtes und garantiert die Einrichtung von Privatschulen. Diese Ziele von schulischer Bildung und Erziehung werden jedoch in den Verfassungen und den Schulgesetzen der deutschen Länder festgelegt: Von sehr genauen Vorgaben bis hin zu einer Ausparung und Regelungen auf einfach gesetzlicher Ebene (Anlage 2). „Ehrfurcht vor Gott“, „christliche Nächstenliebe“, „Liebe zu Volk und Heimat“, „politische Verantwortung“, „Verantwortungsbewusstsein für Natur und Umwelt“, „Völkerverständigung“ oder „berufliche Tüchtigkeit“ sowie „körperliche, soziale und geistige Entwicklung durch kontinuierliches Sporttreiben und eine gesunde Lebensführung positiv zu gestalten“ sind wichtige Stichworte. Dieser Blick in die Verfassungen der deutschen Länder und die Schulgesetze zeigt, dass die Antwort „Grundgesetz genügt“ auf die Frage, was die Gesellschaft zusammenhalte, zu kurz greift.

## 2. Die Amtssprache ist deutsch

Auch wird gesagt, dass der Begriff „unsere“ bzw. „deutsche“ Leitkultur ausschließend, diskriminierend sei (siehe hierzu: Reinhard Meier-Walser, ebenda, S. 13). Das am 25. Mai 1976 (!) ausgefertigte Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) bestimmt in § 23 Absatz 1: „Die Amtssprache ist deutsch.“ Entsprechende Vorschriften gibt es in den Landesgesetzen (z.B. § 23 Absatz 1 des Saarländischen Verwaltungsgesetzes). In Deutschland werden nach der Europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprachen (Europarat!) geschützt: Dänisch, Nordfriesisch, Saterfriesisch, Romanes, Niedersorbisch und Obersorbisch. Dieser Schutz bedeutet aber gerade nicht, dass der allgemeine Rechtsverkehr auch in diesen Sprachen abgewickelt werden kann. Multi-Kulti wäre, wenn ein Vertrag über ein „langfristiges

Urlaubsprodukt“ in Budyšin auf obersorbisch abgeschlossen werden könnte und dies auch rechtlich zulässig wäre. Nach unserer Leitkultur muss diese Sache in der hiesigen Amtssprache bearbeitet werden (siehe § 483 Absatz 1 Satz 1 Bürgerliches Gesetzbuch – Sprache des Vertrages).

## 3. Leitkultur als rechtliche Norm!?

Ferner soll „Leitkultur“ nicht geeignet sein, um in das Recht gegossen zu werden, so ein weiteres Gegenargument. Dieses Argument trifft nicht die deutsche Rechtspraxis. So wird im Bayerischen Integrationsgesetz in Artikel 1 die Verpflichtung auf die Leitkultur der schutzsuchenden Menschen ausdrücklich angesprochen.

## D.

Die 10. These des Vortrages „Brauchen wir eine Leitkultur?“ von Norbert Lammert in Weimar aus dem Jahr 2016 lautet (Anlage 1):

„Und wie nennt man das? Leitkultur??“

In der Debatte, ob die DDR ein Unrechtsstaat war und ob man den wirklich so nennen darf, hat Richard Schröder einmal die kluge Empfehlung gegeben: „Nennt es, wie ihr wollt, aber vergesst nicht, wie es war.“

Das ist meine Empfehlung auch für dieses Thema: Nennt das, wie ihr wollt, aber vergesst nicht, worum es geht.“

Ja, diese Empfehlung von Lammert trifft es genau: So ist es bei der Leitkultur: Sie begegnet uns in der soziologischen Systemtheorie als „Sozial-kulturelles System“ (Parsons), bei Böckenförde als „Homogenitätsgrundlage“ oder in der Rechtsprechung des Bunde-verfassungsgerichtes als „Prägekraft der Geschichte“. Ja, nennt das, wie ihr wollt, aber vergesst nicht, worum es geht: Je größer die Differenzierung – gleich in welcher Hinsicht – eines sozialen Systems ist, desto wichtiger wird die Besinnung darauf, was der gemeinsame Kern ist.

Wer eine Seifenkiste baut, muss sich keine Gedanken über das Problem von Stabilität und Flexibilität machen. Wer ein Auto baut, schon. Und so ist es auch bei Gesellschaften mit hoher Differenzierung, gleichwohl, worauf die Differenzierung fußt. „Multi-Kulti“ ist die Seifenkiste.

Nicht alle Elemente dieses Kerns haben unbegrenzte Dauer, viele unterliegen auch dem Wandel. Deshalb ist die Diskussion um die Leitkultur so wichtig. **Die Union führt diese Debatte und lädt die anderen politische Kräfte ein, sich daran zu beteiligen.**

„Je größer die Differenzierung (...) eines sozialen Systems ist, desto wichtiger wird die Besinnung darauf, was der gemeinsame Kern ist.“



*Dr. rer. pol. Michael Franz*

ist Leitender Ministerialrat a. D. und Beisitzer im Bundesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU und stellvertretender Vorsitzender der EAK-Grundsatzkommission.

## Der EAK gratuliert Prof. Dr. Wolfgang Merbach zum 85. Geburtstag

Der Bundesgeschäftsführer des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, **Christian Meißner**, gratulierte am 20. Juli in Bad Dürrenberg (Sachsen-Anhalt) im Namen des EAK-Bundesvorsitzenden und des gesamten EAK-Bundesvorstandes seinem langjährigen Bundesvorstandsmitglied, Prof. Dr. Wolfgang Merbach, ganz herzlich zum 85. Geburtstag. Wolfgang Merbach ist seit 2005 Mitglied im EAK-Bundesvorstand. Neben seinen vielen Ämtern in der CDU Deutschlands, sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene engagiert er sich auf kommunaler Ebene sowie in der Senioren Union (SU). Seit 2023 ist er Vorsitzender der EAK-Grundsatzkommission.

In seiner **Laudatio auf Wolfgang Merbach** würdigte **Prof. Dr. Jürgen Augustin** vom Zentrum für Agrarlandschaftsforschung (ZALF) in Müncheberg neben den wichtigen Stationen seiner Vita auch insbesondere das äußerst beeindruckende wissenschaftliche Lebenswerk Merbachs wie folgt:

„Wolfgang Merbach (geboren am 17. Juli 1939 in Ranis (Südost-Thüringen) als Sohn einer Pfarrersfamilie erwarb 1955 die Mittlere Reife, bestand 1957 in Triptis (Thüringen) das Abitur und absolvierte anschließend ein landwirtschaftliches Praktikum. 1958 begann er ein Studium der Landwirtschaft an der Universität Jena, das er 1964 mit der Prüfung zum Diplomlandwirt abschloss. Da er zur Promotion zunächst nicht zugelassen wurde, arbeitete er über ein Jahr als Betriebsassistent bzw. Produktionsorganisator in der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft (LPG) Krausnick (Brandenburg).

1965 absolvierte der Jubilar ein Zusatzstudium im Fach Chemie und belegte weitere Lehrveranstaltungen in Experimenteller Physik und Agrarmeteorologie an der Universität Jena. Von 1966 bis 1969 war er als wissenschaftlicher Aspirant am Landwirtschaftlich-Chemischen Institut dieser Universität tätig. Während dieser Zeit arbeitete er unter der Ägide von Günther Schilling an einer Dissertation über den Wirkungsmechanismus von Herbiziden, mit der er 1970 an der Universität Jena promoviert wurde.

Im gleichen Jahr folgte Merbach seinem Lehrer Günther Schilling an die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Von 1970 bis 1986 wirkte er hier als wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl für Physiologie und Ernährung der Kulturpflanzen der Sektion Pflanzenproduktion.

1982 erwarb er mit einer Promotion B über den Stickstoffumsatz und die symbiontische Stickstofffixierung bei Körnerleguminosen und der *Facultas docendi* die Lehrbefähigung für das Fachgebiet Pflanzenernährung.

Da Merbach die Laufbahn eines Hochschullehrers verwehrt wurde, übernahm er 1986 die Leitung des Isotopenlabors im Forschungszentrum für Bodenfruchtbarkeit in Müncheberg (Brandenburg). 1990 erfolgte im Zuge der politischen Veränderungen in der DDR die Berufung zum Professor der Akademie der



Landwirtschaftswissenschaften zu Berlin. Im gleichen Jahr wurde ihm die geschäftsführende Leitung des Fachbereichs „Bodenbiotechnologie und Ökophysiologie“ im Forschungszentrum für Bodenfruchtbarkeit übertragen.

Mit der Gründung des Zentrums für Agrarlandschafts- und Landnutzungsforschung (ZALF) in Müncheberg übernahm Merbach die Leitung neuer Forschungsbereiche in dieser Institution. Ab 1992 leitete er das Institut für Ökophysiologie der Primärproduktion und ab 1995 das Institut für Rhizosphärenforschung und Pflanzenernährung. Gleichzeitig fungierte er für die Periode 1992 bis 1995 als stellvertretender Direktor des ZALF.

1997 folgte Merbach dem Ruf an die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und übernahm an der Landwirtschaftlichen Fakultät den Lehrstuhl für „Physiologie und Ernährung der Pflanzen“. Während seiner Amtszeit als Universitätsprofessor wählten ihn die Mitglieder dieser Fakultät zum Prodekan (1998–2000) und zum Dekan (2000–2003). Nach dem Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze schied Merbach 2005 offiziell aus dem Hochschuldienst aus.

Seine Forschungsarbeiten umfassten ein breites Themenspektrum. (...) Die Publikationsliste Merbachs umfasst mehr als 500 wissenschaftliche Arbeiten, von denen viele in internationalen Fachzeitschriften erschienen sind. Bei über 35 Büchern, Schriften und Tagungsbänden zeichnet er als Herausgeber oder Autor. Die enge Verzahnung seines Lehr- und Forschungsgebietes mit anderen Disziplinen kennzeichneten auch seine Vorlesungen, Seminare und praktischen Übungen an der Universität Halle. Mit der Einladung von Gastdozenten förderte er nachhaltig die Internationalität der Lehrveranstaltungen. Er selbst hielt Gastvorlesungen an verschiedenen Hochschulen des In- und Auslands. Mehr als 20 Doktoranden führte er zur Promotion. Mehreren seiner Schüler eröffnete er den Weg zur Habilitation.

Charakteristisch für den Jubilar waren und sind seine vielfältigen ehrenamtliche Tätigkeiten in akademischen, wissenschaftspolitischen und gesellschaftlichen Institutionen außerhalb der Universität. 1989/90 engagierte sich Merbach aktiv an Diskussionen zur Erneuerung der ostdeutschen Wissenschaftslandschaft.

Er war (gemeinsam mit Matthias Platzeck) Ko-Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Ökologischer Umbau“ und stimmberechtigtes Mitglied des Zentralen Runden Tisches der DDR in Berlin. Nach 1990 hat er als Vertreter der neuen Bundesländer bei der Evaluierung der Agrarwissenschaften durch den Wissenschaftsrat mitgewirkt. Von 1997 bis 2001 war er 1. Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Pflanzenernährung und zugleich Vorsitzender der Kommission „Bodenfruchtbarkeit und Pflanzenernährung“ der Deutschen Bodenkundlichen Gesellschaft. Parallel dazu nahm er zahlreiche herausragende Funktionen wahr. Beispielsweise agierte er von 1997 bis 2004 als Mitglied des Scientific Council of the International Centre of Ecology der Polnischen Akademie der Wissenschaften in Warschau, von 1996 bis 2005 als Chairman des International Council of the Society of Sustainable Agriculture and Resource Management in Indien und seit 2009 als Joint Secretary der International Foundation of

Sustainable Development in Africa and Asia. Von 2001 bis 2005 war er Vorsitzender des Beirates der Landesanstalt für Landwirtschaft und Gartenbau Sachsen-Anhalt und von 2003 bis 2005 Vorsitzender der Gesellschaft der Freunde der Landwirtschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle Wittenberg. Seit 2005 ist er Vorsitzender der Stiftung Agrarwissenschaftliches Zentrum „Julius Kühn“ und seit 2006 Vorsitzender der Fördergesellschaft für Agrarwissenschaften. Die Gründung dieser Gesellschaft ging maßgeblich auf seine Initiative zurück. Mit enormer Ausdauer setzte er sich dabei vor allem für den Erhalt und die solide finanzielle und personelle Ausstattung eigenständiger landwirtschaftlicher Fakultäten speziell an ostdeutschen Universitäten ein.

2016 wurde Wolfgang Merbach für seine wissenschaftlichen Leistungen und wissenschaftsorganisatorischen Verdienste mit der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes geehrt.“

## *Der Evangelische Arbeitskreis der CDU Sachsen stellt sich gegen die geplante Abschaffung der Staatsleistungen an die Kirchen*

**Dresden.** Der Evangelische Arbeitskreis der CDU Sachsen (EAK Sachsen) zeigt sich tief besorgt über die aktuellen Bestrebungen der Bundesregierung zur raschen Abschaffung der Staatsleistungen an die Kirchen. Während die Ablösung dieser Zahlungen im Grundgesetz festgeschrieben ist und außer Frage steht, erfordert die Gestaltung dieses Prozesses jedoch Fingerspitzengefühl und Rücksicht auf alle Beteiligten. Die derzeitigen Pläne der Ampelregierung, eine kompromisslose Lösung durchzusetzen, stoßen auf breite Ablehnung seitens der Bundesländer und der Kirchen. Diese Vorgehensweise könnte zu Lasten der Länder, der Kirchen und damit auch der Allgemeinheit gehen.

Die Staatsleistungen stellen kein „Privileg“ der Kirchen dar, sondern sind ein Ersatz für die Gebietsverluste, die die Kirchen Anfang des 19. Jahrhunderts in Folge der rechtswidrigen Enteignungen durch die Reichsfürsten erlitten haben. Als Kompensation verpflichteten sich die Fürsten auf regelmäßige Unterhaltszahlungen an die Kirchen, die später durch die jeweiligen Länder übernommen wurden.

Zu den Plänen der Bundesregierung äußert sich **Sandra Gockel**, stellvertretende Vorsitzende des EAK Sachsen und sächsische Landtagsabgeordnete der CDU: „**Ich sehe den Vorstoß als beunruhigenden Versuch, die Kirchen als bedeutende gesellschaftliche Kräfte aus der Mitte der Gesellschaft**

**zu drängen. Die Kirchen leisten einen erheblichen Beitrag im sozialen Bereich, insbesondere durch ihre vielfältigen Angebote für alle Generationen, vor allem für Kinder, Jugendliche und ältere Menschen. Auch ihr kulturelles und ehrenamtliches Engagement entlastet die öffentlichen Haushalte maßgeblich und kommt der gesamten Gesellschaft zugute.“**

Weiterhin unterstreicht Gockel: „**In unserem Gemeinwesen spielen die Kirchen eine zentrale Rolle als Kräfte des Zusammenhalts und der Integration. Die Kirchen tragen entscheidend dazu bei, dass die Gesellschaft in schwierigen Zeiten nicht auseinanderbricht, sondern zusammenfindet. Wir fordern die Ampelregierung daher auf, ihre spalterischen Pläne, die über die Köpfe der Länder und Kirchen hinweg entschieden werden sollen, sofort zu beenden.“**

Aus Respekt vor der einenden und verbindenden Kraft des Glaubens appelliert der EAK Sachsen an die Ampelregierung, von ihrem Vorhaben Abstand nehmen. Unsere Demokratie braucht die Kirchen als Räume des Austauschs, als Orte des Miteinanders und als Träger einer Botschaft, die Hoffnung und Zusammenhalt vermittelt. Der Staat muss die Kirchen daher als Partner im Gemeinwesen achten und sie nicht als Gegenspieler ansehen.

*(Lars Rohwer MdB)*

## Meinungen und Informationen

aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU

## Herausgeber

Thomas Rachel, Henning Aretz, Dirk Heuer, Sabine Kurtz, Christine Lieberknecht, Barbara Becker

## Redaktion

Christian Meißner (V. i. S. d. P.)  
Daniel Janke  
Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin,  
Tel.: 030/22070432, Fax: 030/22070436,  
E-Mail: eak@cdu.de, www.eak-cducusu.de

## Spenden-Konto

Commerzbank Berlin  
BLZ 100 400 00  
KontoNr. 266 098 300  
IBAN: DE79 1004 0000 0266 0983 00  
BIC: COBADEFFXXX

## Autoren

Thomas Rachel MdB  
Prof. Dr. Günter Krings MdB  
Dr. Michael Franz  
Lars Rohwer MdB  
Christian Meißner

**Druck** DAS DRUCKTEAM BERLIN

## Fotonachweis

Titelbild, S. 2 und 8 © Tobias Koch/tobiaskoch.net  
S. 3 © istock/ViewApart  
S. 4, 6, 13, 15 © EAK/Meißner  
S. 12 © Dr. Franz  
S. 16 © istock/Julie Ayers

Nachdruck © EAK – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet. Ein Belegexemplar wird erbeten. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder der Herausgeber.  
Papier: 100 % chlorfrei

 Besuchen Sie uns auf unserer facebook-Seite!



## Der EAK trauert um seinen früheren EAK-Bundesgeschäftsführer Dr. Peter Egen

Der EAK trauert um seinen ehemaligen EAK-Bundesgeschäftsführer, Dr. Peter Egen, der am 2. September dieses Jahres, nur wenige Wochen nach seinem Geburtstag, im Alter von 88 Jahren heimgegangen ist. Im Namen des gesamten Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK) sprach der EAK-Bundvorsitzende, Thomas Rachel MdB, der ganzen Familie Peter Egens sein herzlichstes Beileid und seine tiefe Anteilnahme aus.

Peter Egen leitete in Bonn, von 1968 bis 1979, nicht nur die Geschäfte des EAK auf Bundesebene (unter den beiden Bundesvorsitzenden Gerhard Schröder und Roman Herzog), er hinterließ mit seiner Promotionsschrift auch ein wichtiges Werk zur Entstehungszeit des Evangelischen Arbeitskreises.

Peter Egen blieb dem EAK auch nach seinem aktiven Dienst über alle Jahrzehnte hinweg und in vielfältigster Weise ein ausgesprochen engagierter evangelischer Mitstreiter, treuer Wegbegleiter, weiser Berater und aufrechter Streiter für die gemeinsame evangelische Sache. *(Christian Meißner)*

## Der EAK trauert um Staatssekretär a.D., Dr. Weert Börner

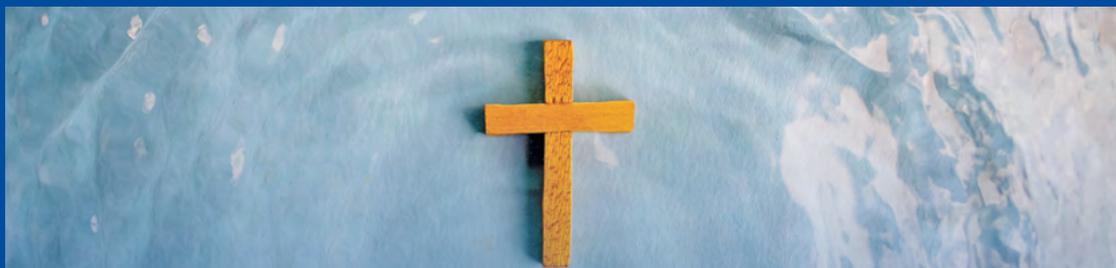
Der Herr hat nun auch Staatssekretär a.D., Dr. Weert Börner, zu sich gerufen. Weert Börner gehörte noch zur Gründungsgeneration unseres Evangelischen Arbeitskreises im Jahre 1952. Er kannte Hermann Ehlers noch aus der persönlichen Begegnung heraus und war sein allererster Biograph.

Er war, über alle Jahrzehnte hinweg, ein engagierter evangelischer Mitstreiter und vor allem ein kundiger und lebendiger Zeitzeuge, der uns immer wieder mit seiner profunden historischen Expertise zur Seite gestanden hat. Stets war er auch, solange es ihm noch möglich war, ein gern gesehener Ehrengast auf unseren EAK-Bundestagungen und Jubiläumsveranstaltungen.

Weert Börner war Träger des Bundesverdienstkreuzes am Bande und Reichsritter des Johanniterordens. Er starb am 7. September dieses Jahres. *(Thomas Rachel)*



# Meditation



*„Hier ist nicht Jude noch Grieche, hier ist nicht Sklave noch Freier, hier ist nicht Mann noch Frau; denn ihr seid allesamt einer in Christus Jesus!“ (Gal, 3, 28)*

„Kleider machen Leute“, so sagt der Volksmund. Und die Kleidung des Menschen ist schon immer ein Distinktionsmerkmal erster Ordnung gewesen. An der Art, wie jemand sich kleidet, kann und wird viel von anderen abgelesen – im Guten wie im Schlechten. Sozialer Status, Reichtum, Attraktivität oder Macht wissen sich stets gut zu inszenieren und kleiden sich deshalb auch dementsprechend auffällig. Kleidung will eben den exklusiven Unterschied zwischen uns Menschen betonen und deutlich machen.

Wer aber Christus Jesus angezogen hat, wie der Apostel Paulus kündigt, und in der Taufe neugeboren ist und ganz „in Christus“ zu leben sucht, der kümmert sich nicht mehr in erster Linie um das, was uns unterscheidet und trennt, sondern sieht vielmehr in jedem Menschenbruder und jeder Menschenschwester ein Fingerzeig und Ebenbild Gottes und all das, was uns im Geist der Versöhnungskraft Christi – trotz aller bleibenden Unterschiede in dieser Welt – letztlich vereint und gemeinsam ist.

Während heutige identitätspolitische Ideologie und menschlich-religiöser Wahn wieder um Jahrtausende hinter diese so kostbare und unverzichtbare Erkenntnis der universalen Gotteskindschaft zurückfallen, und die Menschheit wieder nach Herkunft, Rasse, Glauben, Status, Geschlechtszugehörigkeit oder anderen Kategorien einzusortieren und zu spalten beginnen, betont das Christliche Menschenbild fest und unbeirrt die radikale Relativierung irdischer Menschenbilder, Konventionen, Narrative, Traditionen und Moden, und zwar aus der Perspektive der überwindenden Liebe Gottes. Nur so – im Geiste Gottes – funktionieren auch schon im Hier und Jetzt „Einheit in Vielfalt“ und wahre und segensvolle „Diversität“!

**Pastor Christian Meißner**, EAK-Bundesgeschäftsführer